



## **Antrag**

der Fraktionen von SPD, SSW und FDP

### **Unterrichtsversorgung statt Unterrichtsausfall**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Unterrichtsversorgung zu sichern und Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

Hierfür sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Sicherung der Unterrichtsversorgung
  - o Beurteilung der Unterrichtsversorgung anhand besetzter Lehrkräftestellen
  - o Verstärkte Anstrengungen um unbesetzte Stellen zügig zu besetzen
  - o Verzicht auf die Reduktion der Unterrichtsversorgung
  
- Förderung von Arbeitsschutz und Lehrkräftegesundheit
  - o Zeitnahe Entwicklung und Umsetzung effizienter Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitsbelastung und Förderung der Lehrkräftegesundheit basierend auf der in diesem Monat veröffentlichten/aktuellen Stuserhebung zur Arbeitsfähigkeit und Gesundheit im Schulbereich

Begründung:

Im Schuljahr 2023/24 sind durchschnittlich 2,6% der Unterrichtsstunden ersatzlos ausgefallen und 9,3% der Stunden fanden nicht wie geplant statt. Fast jede zwölfte Unterrichtsstunde in Schleswig-Holstein findet also nicht oder nicht regulär statt. Schülerinnen und Schülern sind im Schnitt mehrmals die Woche in ihrem Stundenplan von Unterrichtsvertretungen und -ausfall betroffen.

Die häufigsten Gründe für Unterrichtsausfall bzw. nicht planmäßig erteilten Unterricht an allgemeinbildenden Schulen sind Krankheit von Lehrkräften (64,5%) und die

Wahrnehmung anderer Aufgaben wie z.B. Prüfungen, Projekttag, Klassen- und Schulwanderfahrten (26%). Aus diesem Grund ist es nur folgerichtig, Unterrichtsausfälle zu bekämpfen, indem die Gesundheit von Lehrkräften gefördert, die Arbeitsbelastung von Lehrkräften reduziert und die Unterrichtsversorgung gesichert wird.

Das gelingt vor allem, wenn der realistische Bedarf an Lehrkräften vor Ort gedeckt wird, so dass Ausfälle von Lehrkräften kompensiert werden können ohne eine Überlastung der anwesenden Lehrkräfte und ohne Unterrichtsausfälle für Schülerinnen und Schüler.

Die von der Regierung geplanten Einsparungen würden den oben genannten Maßnahmen entgegenwirken und eine verbindliche Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein gefährden.

Martin Habersaat

Jette Waldinger-Thiering

Anne Rieke

und Fraktionen |